

Inhalt dieses PDF-Dokumentes:

- Seite 1 -> Autobahndirektion Nordbayern: Ankündigung von Baugrunderkundungen (AB)
- Seite 2 -> Antwort der Autobahndirektion Nordbayern vom 04.06.2008 auf meine Mailanfrage ...
- Seite 3 -> Klage gegen Probe-Bohrungen (FT)
- Seite 4 -> Neubau einer Tank- und Rastanlage -Rechtsmittel gegen den Bescheid der ... (AB)
- Seite 5 -> Wenig Aussicht auf Erfolg (FT)
- Seite 6 -> Klagesache gegen den Freistaat Bayern wegen Tank- und Rastanlage ... (AB)
- Seite 7 -> „Das Urteil war so abzusehen“ (FT)
- Seite 8/9 -> „Wir wollen diese Raststätte nicht!“ (FT)
- Seite 10 -> „Die proben den Machtkampf“ (FT)
- Seite 11/12 -> Klagesache gegen den Freistaat Bayern wegen Baugrunduntersuchung ... (AB)
- Seite 13 -> Verbote der Raststätte sind vor Ort (FT)
- Seite 14 -> Klagesache gegen den Freistaat Bayern wegen Baugrunduntersuchung ... (AB)

Autobahndirektion Nordbayern

BAB A70 Schweinfurt - Bamberg Neubau der Tank- u. Rastanlage „Haßberge“ hier: Ankündigung von Baugrunderkundungen

Für die Aufstellung der Vorentwurfsplanung für den Neubau der geplanten Tank- und Rastanlage „Haßberge“ an der BAB A70 müssen in der Gemarkung Staffelbach ab Mitte Mai 2008 Baugrunderkundungen in Form von Aufschlussbohrungen durchgeführt werden.

Diese Arbeiten sind für den geplanten Neubau der Tank- und Rastanlage „Haßberge“ notwendig. Grundstückseigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte sind nach § 16 a des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) verpflichtet sie zu dulden. Die betroffenen Eigentümer werden noch gesondert von der Autobahndirektion Nordbayern unterrichtet. Die Arbeiten werden von einer Firma ausgeführt, die von der Autobahndirektion Nordbayern beauftragt ist.

Im Zuge der Bohrarbeiten müssen Grundstücke betreten und befahren, sowie Vermessungszeichen (Pflöcke u. dergl.) gesetzt werden, die nur vorübergehend notwendig sind und wieder entfernt werden. Solange diese Anlagen im Rahmen der Erkundung genutzt werden, dürfen sie weder beseitigt, beschädigt noch verändert werden. Ein Betreten und evtl. auch Befahren benachbarter Grundstücke kann nicht völlig ausgeschlossen werden. Die beauftragte Firma ist bemüht, Flurschäden nach Möglichkeit zu vermeiden.

Soweit aus den Vorarbeiten gleichwohl Vermögensnachteile (Flurschäden, Bewirtschaftungerschwernisse o. Ä.) erwachsen, können diese nach Maßgabe des § 16 a Abs. 3 FStrG in Geld entschädigt werden. Nähere Auskünfte zu Entschädigungsfragen erteilt die Autobahndirektion Nordbayern, Dienststelle Würzburg, Ludwigkai 4, 97072 Würzburg.

Die Vorarbeiten entscheiden nicht über die Lage und Ausführung des geplanten Rastanlagenneubaus.

Nürnberg, 1. April 2008
Röthig, Baudirektor

Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Oberhaid, 16.04.2008

Antwort der Autobahndirektion Nordbayern vom 04.06.2008 auf meine Mailanfrage vom 02.06.2008 bezüglich eines Termins wegen den angekündigten Probebohrungen auf dem geplanten Gelände für die Tank- und Rastanlage bei Staffelbach

Sehr geehrter Herr Götz,

am 14.05.08 hatten wir ein ausführliches Gespräch beim neuen Bürgermeister in Oberhaid. Dort wurde uns unmißverständlich mitgeteilt, dass die Gemeinde die Bürger unterstützt und gegen die Errichtung der TR - Hassberge ist. Aus diesem Grund wurde uns bisher auch die Durchführung der Probebohrungen auf gemeindlichen Grundstücken und Wegen untersagt. Wir haben deshalb einen rechtsmittelfähigen Bescheid zur Durchführung der Bohrungen gegenüber der Gemeinde erlassen, wie wir es auch bereits gegenüber den privaten Grundeigentümern im Mai vorgenommen hatten. Mit Rücksicht auf die im Aufwachsen befindlichen Feldfrüchte hatten wir die Bohrungen auf Privatgrund erst für den Herbst angekündigt.

Es bleibt abzuwarten, ob die Gemeinde gegen den Bescheid klagt, deshalb läßt sich von unserer Seite momentan noch kein Zeitpunkt für die Durchführung der Bohrungen nennen.

Mit freundlichen Grüßen
Röthig

Klage gegen Probe-Bohrungen

Beschluss Die Gemeinde Oberhaid will die Anordnung der Autobahndirektion Nordbayern zu Bodenuntersuchungen für den Bau einer Autobahn-Rastanlage bei Staffelbach nicht hinnehmen.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HANS W. PENNING

Oberhaid - Um den Bau einer Tank- und Rastanlage an der Autobahn A 70 bei Staffelbach zu verhindern, scheut die Gemeinde Oberhaid auch nicht den Gang zum Verwaltungsgericht Bayreuth. Einstimmig wurde in der Sitzung des Gemeinderates unter Leitung von Erstem Bürgermeister Carsten Joneitis beschlossen, einen Anwalt mit der Wahrnehmung der Interessen der Gemeinde zu beauftragen. Zunächst geht es dabei um eine mögliche Klage gegen beabsichtigte Probebohrungen zur Baugrund-Untersuchung.

Weil am 29. Mai im Rathaus ein Schreiben der Autobahndirektion Nordbayern eingegangen war, wurde die Beratung dazu noch nachträglich auf die Tagesordnung genommen. Die Autobahndirektion hatte mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, an sechs Bohrpunkten auf gemeindlichen Grundstücken an der Autobahn bei Staffelbach Bodenuntersuchungen vorzunehmen. Zunächst seien Arbeiten auf privaten Grundstücken vorgesehen gewesen, wurden jedoch von den Besitzern untersagt.

Die Gemeinde jedoch, so schreibt die Autobahn-Direktion, müsse diese Arbeiten dulden. Widerstand dagegen könne nur eine Verzögerung bewirken, nicht aber eine Verhinderung. Mit den Untersuchungen werde auch noch nicht über den Bau einer Rastanlage entschieden, der Antrag auf ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren sei erst für 2009 geplant.

„Bis auf einen lassen auch die privaten Grundbesitzer keine Probebohrungen zu.“
GEMEINDERAT OTMAR SCHELS

Gegen das Ersuchen der Autobahndirektion sei, so Bürgermeister Joneitis, eine Klage beim Verwaltungsgericht Bayreuth möglich. Deshalb habe man bereits Kontakt mit der Rechtsschutz-Versicherung der Gemeinde aufgenommen. Bei einer Selbstbeteiligung von 250 Euro wurde der Versicherungsschutz für die erste Instanz am Verwaltungsgericht Bayreuth zugesagt, so Joneitis.

Im Verlauf einer längeren Debatte mahnte Claus Reinhardt, konsequent zu sein und die Bohrungen nicht zuzulassen. Bei einer Einbeziehung des Autohofes in das Rastplatz-Konzept der Autobahn-Direktion sei das Problem sowieso gelöst. „Bis auf einen lassen auch die privaten Grundbesitzer keine Bohrungen zu“, ergänzte Otmar Schels. Inzwischen sei zudem eine Veränderungssperre erlassen.

Die von Geschäftsleiter Karl in die Diskussion gebrachte Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den privaten Grundbesitzern veranlasste Gemeinderat Hartlieb, die Gründung eines Vereins anzuregen. Seine schon recht konkreten Vorstellungen erwiesen sich jedoch als problematisch.

Quelle: Fränkischer Tag, 05.06.2008

Neubau einer Tank- und Rastanlage - Rechtsmittel gegen den Bescheid der Autobahndirektion Nordbayern vom 26. Mai 2008

Die Niederschrift über die gemeinsame Besprechung mit der Bürgeraktion und der Autobahndirektion Nordbayern am 14. Mai 2008 wurde zur Kenntnis gegeben. Nachdem hierbei die geplanten Bohrungen auf gemeindlichen Wegegrundstücken abgelehnt wurden, ging am 29. Mai 2008 ein Duldungsbescheid der Autobahndirektion Nordbayern bei der Gemeinde ein. Hiergegen kann binnen eines Monats Klage erhoben werden. Seitens der Rechtsschutzversicherung wurde für die erste Instanz bei einer Selbstbeteiligung von 250,- Euro Kostenschutz zugesagt.

Der Gemeinderat sprach sich dafür aus, gegen den Bescheid gerichtlich vorzugehen und einen Anwalt mit der Klageerhebung zu beauftragen.

Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Oberhaid, 18.06.2008

Wenig Aussicht auf Erfolg

ABLEHNUNG Die Gemeinderäte in Oberhaid halten an der Klage gegen die Probebohrungen für die Tank- und Rastanlage bei Staffelbach fest.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HIRT

Oberhaid - In der jüngsten Sitzung des Gemeinderats bekräftigten die Räte abermals die Ablehnung ihre strikte Ablehnung der geplanten Tank- und Rastanlage bei Staffelbach. Anfang Juni hatte die Gemeinde Klage gegen die angedachten Probebohrungen durch die Autobahndirektion Nordbayern am Verwaltungsgericht eingereicht. Das Bayreuther Gericht offerierte nun einen Vergleichsvorschlag. Dieser wurde vom Gemeinderat einstimmig abgelehnt, auch wenn der Klage vor Gericht keine Aussicht auf Erfolg bescheinigt wird.

Vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens wollte die Autobahndirektion Probebohrungen im geplanten Bereich der Rastanlage durchführen. Die Verwaltung erhob dagegen Klage und argumentierte, die Bohrungen würden zu Schäden an den Flurwegen führen. So könne die Gemeinde ihre Verpflichtung, die Wege funktionsfähig zu erhalten, nicht erfüllen. Darüber hinaus sieht die Gemeinde durch die Bohrungen ihre eigentumsrechtlich Position verletzt und Planungshoheit beeinträchtigt. Außerdem zweifelt sie den Umfang und die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs an, zumal das Vorhaben nicht genügend konkretisiert worden sei.

**„Diese Watschen holen wir uns gerne ab.“
GEMEINDERAT OBERHAID**

Die Autobahndirektion weist die Argumente in einer Stellungnahme zurück. So seien beispielsweise die Bohrungen im Bereich des Banketts geplant. Die Wege könnten so nicht beschädigt werden. Dieses Vorgehen greift auch das Verwaltungsgericht in seinem Vergleichsvorschlag auf. Vorausgesetzt, die Wege bleiben unberührt, soll die Gemeinde Oberhaid dem Vergleich zustimmen und die Bohrungen zulassen. Alle anderen Einwände hält das Verwaltungsgericht für nicht gegeben.

CSU, UBV und UL sprachen sich dennoch vehement gegen die Annahme des Vergleichs aus. „Auch wenn unsere Klage keine Aussicht auf Erfolg hat, sollten wir daran festhalten, um so unsere klare Ablehnung der Rastanlage nochmals zu unterstreichen“, betonte Otmar Schels (CSU). Peter Deusel (UBV) war der gleichen Meinung: „Erst klagen wir gegen die Probebohrungen, dann stimmen wir dem Vergleich zu. Das sollten wir nicht tun.“ Andreas Karmann (ÜL) sprach gar die Befürchtung aus, die Autobahndirektion könne mit der Zustimmung zum Vergleich „hausieren gehen“ und sagen, „seht her, der Gemeinderat stimmt der Maßnahme zu.“ Claus Reinhardt (SPD) argumentierte zuvor vorsichtiger. „Wir vergeben uns nichts, wenn wir dem Vergleich zustimmen, denn wir haben unseren Willen deutlich gemacht“, so Reinhardt. Angesichts der geschlossenen Ablehnung durch die anderen Fraktionen sprach sich letztlich aber auch die SPD klar gegen die Annahme des Vergleichsvorschlags aus, zumal es Bürgermeister Carsten Joneitis in dieser Sache wichtig ist, „mit einer Stimme zu sprechen“. Jetzt will man die Verhandlung am 7. Oktober abwarten und erwartet eine Ablehnung der Klage - „aber diese Watschen holen wir uns gerne ab“, so die einhellige Meinung des Gemeinderats.

Quelle: Fränkischer Tag, 18.09.2008

Klagesache gegen den Freistaat Bayern wegen Tank- und Rastanlage „Haßberge“ - Gerichtlicher Vergleichsvorschlag

In der Klagesache gegen den Freistaat Bayern wegen Duldung einer Baugrunduntersuchung wurde der Gemeinde Oberhaid vom Verwaltungsgericht Bayreuth folgender Vergleichsvorschlag unterbreitet:

Der Freistaat Bayern verpflichtet sich, die mit dem Bescheid der Autobahndirektion Nordbayern vom 26.05.2008 angekündigten Vorarbeiten zur Baugrunduntersuchung auf den Grundstücken Fl.Nrn. 293, 295, 301, 1035 und 1243 der Gemarkung Staffelbach, soweit sachlich möglich, ohne Eingriffe in die befestigten Fahrbahnen der Wege durchzuführen (z.B. Bankettbereichen). Die Gemeinde Oberhaid verpflichtet sich, die mit dem Bescheid der Autobahndirektion Nordbayern vom 26.05.2008 angekündigten Vorarbeiten zu dulden. Die Kosten des Verfahrens werden gegeneinander aufgehoben.

Der Gemeinderat lehnte den Vergleichsvorschlag mit der Begründung ab, dass die geplanten Bohrungen nicht erforderlich sind, da die geologischen Daten in diesem Bereich bereits bei den Planungen zum Bau der Autobahn erhoben wurden und diese der Autobahndirektion Nordbayern vorliegen.

Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Oberhaid, 01.10.2008

„Das Urteil war so abzusehen“

RECHTSSPRECHUNG Die Klage der Gemeinde Oberhaid gegen die Probebohrungen für die geplante Tank- und Rastanlage bei Staffelbach wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HIRT

Staffelbach - Die Erste Kammer des Verwaltungsgerichts Bayreuth hat die Klage der Gemeinde Oberhaid gegen die Probebohrungen der Autobahndirektion Nordbayern abgewiesen. Vor Beginn des offiziellen Planfeststellungsverfahrens will die Autobahndirektion Probebohrungen im Bereich der geplanten Tank- und Rastanlage bei Staffelbach durchführen. Die Gemeinde erhob dagegen Klage und argumentierte, die Bohrungen würden zu Schäden an den Flurwegen führen. So könne die Verpflichtung, die Wege funktionsfähig zu erhalten, nicht erfüllt werden. Darüber hinaus sah die Gemeinde durch die Bohrungen ihre eigentumsrechtliche Position verletzt und Planungshoheit beeinträchtigt.

Dr. Thomas Boese, Pressesprecher am Verwaltungsgericht, sagte gegenüber unserer Zeitung, das Verwaltungsgericht sehe in seinem Urteil die Probebohrungen für die Planung der Rastanlage als erforderlich an. Weder sei durch die Probebohrungen die Selbstverwaltung der Gemeinde beeinträchtigt noch die eigentumsrechtliche Position der Gemeinde verletzt. Diese Einwände der Gemeinde Oberhaid würden - wenn überhaupt - erst zum Zeitpunkt des Planfeststellungsverfahrens relevant werden. Das Urteil wurde zudem mit der Anordnung versehen, die Probebohrungen zuzulassen. "Das Verwaltungsgericht argumentierte, dass sich unsere Einwände in ihrem Gros gegen die Anlage als solche richten und weniger gegen die Probebohrungen", bestätigte auch Joachim Karl, Geschäftsleiter der Verwaltung in Oberhaid.

Es wird weiter das Gespräch gesucht

Es wird weiter das Gespräch gesucht "Das Urteil war so abzusehen", zeigt sich Horst Melber, Vorsitzender der "Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach", wenig überrascht. Immerhin habe man dadurch etwas Zeit gewonnen und könne weiter das Gespräch mit den zuständigen Behörden suchen. Erst jüngst habe sich die Bürgerinitiative nochmals an das Bayerische Staatsministerium des Innern gewandt, aber noch keine Antwort erhalten. Rückmeldungen der verschiedenen Bundespolitiker, die in den letzten Wochen und Monaten vor Ort waren, gebe es ebenfalls nicht.

Gespannt sieht Melber in dieser Hinsicht auch auf die Koalitionsverhandlungen in München. Sollte die FDP der Koalitionspartner der CSU werden, würden etwaige Privatisierungstendenzen eventuell stärker Berücksichtigung finden. Bürgerinitiative und Gemeinde verweisen in dieser Hinsicht auf den Autohof in Knetzgau, der als Alternative zu einer Tank- und Rastanlage bei Staffelbach gesehen wird. Über eine "Public Private Partnership" (PPP) zwischen Staat und Autohof könne die geforderte Versorgungslücke geschlossen werden, eine Rastanlage wäre nicht mehr erforderlich.

Die Autobahndirektion Nordbayern wollte sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht zum Urteil äußern. Noch warte man auf die detaillierte schriftliche Begründung des Urteils. Der Beginn der Bohrarbeiten hänge davon ab, ob die Gemeinde Oberhaid weitere gerichtliche Schritte einleiten werde, teilte Diana Schmidt von der Autobahndirektion auf Anfrage mit.

Quelle: Fränkischer Tag, 11.10.2008

„Wir wollen diese Raststätte nicht!“

BESCHLUSS Die Gemeinde Oberhaid stellt einen Antrag auf Berufung gegen das Urteil des Bayreuther Verwaltungsgerichts, das die Probebohrungen für die Tank- und Rastanlage bei Staffelbach für zulässig erklärte.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HIRT

Oberhaid - Der Oberhaider Gemeinderat will Berufung gegen das Urteil des Bayreuther Verwaltungsgerichts einlegen. In dem Urteil hatte das Gericht die Klage gegen die Probebohrungen durch die Autobahndirektion Nordbayern in Sachen Tank- und Rastanlage als unbegründet abgewiesen. Nun stellt die Gemeinde einen Antrag auf Zulassung der Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. Obwohl dem Antrag laut Bürgermeister Carsten Joneitis kein Erfolg beschieden wird und die Autobahndirektion die Probebohrungen ungeachtet eines Berufungsverfahrens sofort durchführen darf, entschied sich der Gemeinderat zu diesem Schritt aus "politischer und moralischer Verpflichtung".

„Wir müssen unser Handeln neu ausrichten.“

CLAUS REINHARDT

Dem Beschluss, den Antrag auf Berufung zu stellen, ging eine bewegte Diskussion im Gemeinderat voraus. Claus Reinhardt (SPD) sprach sich im Namen seiner Fraktion für den Antrag aus. Man müsse aber bereits einen Schritt weiter denken. "Wir müssen unser Handeln neu ausrichten", so Reinhardt, keinesfalls dürfe man sich auf den Antrag auf Berufung beschränken. Es gelte beispielsweise schon jetzt Kontakt mit dem Bauernverband, dem Bund Naturschutz und dem Vogelschutzbund aufzunehmen und Abwehrstrategien für das Planfeststellungsverfahren zu entwickeln. "Eines ist klar, die Probebohrungen sind ein Witz, weil das Planfeststellungsverfahren auf jeden Fall kommt", ist sich Claus Reinhardt sicher. Zugleich sei es sinnvoll, die Ideen der zahlreichen Bundespolitiker, die in den letzten Wochen vor Ort waren, umzusetzen. Bürgermeister Carsten Joneitis soll zu diesem Zweck alle relevanten Politiker aus der Region gemeinsam an einen Tisch bringen.

Deutliches Zeichen setzen

Peter Deusel und Herbert Ramer (UBV/FW) sprachen sich eindeutig für den Antrag auf Berufung aus. "Der Gemeinderat muss das deutliche Zeichen setzen, dass wir diese Raststätte nicht wollen", so Deusel. Ramer sieht zudem in den Probebohrungen durchaus einen Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinde - dieser Einwand wurde im Urteil des Verwaltungsgerichts verneint. "Wir dürfen keinen Schritt auf die Autobahndirektion zugehen und müssen deutlich machen, dass nicht nur die Bürgerinitiative, sondern auch die Gemeinde definitiv gegen eine Rastanlage ist", betonte Ramer.

Otmar Schels (CSU) unterstrich sein Misstrauen gegenüber den Behörden in Sachen Tank- und Rastanlage. "Wir sind in dieser Angelegenheit oft hinters Licht geführt worden", sagte Schels. Der Antrag auf Berufung müsse als politisches Zeichen gesehen werden, auch wenn keinerlei Aussicht auf Erfolg bestehe, dass der Bayerische Verwaltungsgerichtshof dem Antrag stattgebe. Die CSU-Fraktionskollegen Leopold Vetter und Roland Hartlieb gaben allerdings zu bedenken, dass der Antrag vor diesem Hintergrund wenig Sinn mache und die Verwaltung letztlich nur Geld koste. "Insbesondere weil der Antrag keine aufschiebende Wirkung für die Probebohrungen hat, bin ich mir nicht sicher, ob wir Berufung einlegen sollten", so Vetter. Hartlieb schlug vor, auf den Antrag zu verzichten, der Autobahndirektion aber noch einmal unmissverständlich die ablehnende Haltung der Gemeinde in einem Schreiben deutlich zu machen. Die Mehrheit des Gemeinderats hielt jedoch an der Berufung fest. Dies sei auch die "moralische Verpflichtung" gegenüber der "Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach".

i: Berufungsinstanz

Zuständigkeit Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof ist sachlich zuständig für die Rechtsmittel (Berufung, Beschwerde) gegen die Entscheidungen der bayerischen Verwaltungsgerichte. Die Berufung gegen verwaltungsgerichtliche Urteile bedarf der Zulassung durch den Verwaltungsgerichtshof.

Erstinstanz Der Verwaltungsgerichtshof entscheidet ferner in einer Reihe gesetzlich bestimmter Fälle als erstinstanzliches Gericht; dies gilt insbesondere für Streitigkeiten, die technische Großvorhaben betreffen (z.B. Atomkraftwerke, Flughäfen, Planfeststellungen für Bahnstrecken, Bundesfern- und Bundeswasserstraßen).

Quelle: Fränkischer Tag, 23.10.2008

„Die proben den Machtkampf“

DISPUT Die Gemeinde Oberhaid musste mit der Autobahndirektion zu Probebohrungspunkten gehen, obwohl sie weitere Gerichtsentscheide will.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ANETTE SCHREIBER

Oberhaid - "Wir werden überrollt, aber ‚die‘ haben die Rechtsposition." So kommentiert Oberhaid's Erster Bürgermeister Carsten Joneitis (SPD) das Vorgehen der Autobahndirektion Nordbayern. Denn deren Mitarbeiter hatte die Gemeinde gestern morgen, zwar angekündigt aber nicht eingeladen, zu Gast. Es ging um die Festlegung von Punkten für die Probebohrungen für die Baugrunduntersuchung zur geplanten Autobahn Tank- und Rastanlage Staffelbach auf gemeindlichem Grund.

Die Gemeinde hatte gar keine andere Wahl, als zu kooperieren. Denn zur Absteckung der Bohrpunkte "müssen wir laut Auflage des Verwaltungsgerichts" mit, erklärt der Bürgermeister. Bekanntlich hat die Gemeinde Oberhaid wegen der von ihr nicht gewollten und von der Autobahndirektion Nordbayern auf Oberhaid's Gebiet vorgesehenen Tank- und Rastanlage das Verwaltungsgericht Bayreuth bemüht. Nachdem dieses befunden hatte, das Vorhaben der Direktion sei rechtens, hatte der Gemeinderat in der vergangenen Woche beschlossen, gegen das Urteil beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Berufung einzulegen.

Schnell gehandelt

Der Bürgermeister vermutet, dass die Autobahndirektion eben daraufhin schnell handelte: Am Dienstag wurde er in Kenntnis gesetzt, dass der Verwaltungsgerichtsbeschluss sofort vollzogen und seitens der Direktion mit den Probebohrungen zur Baugrunduntersuchung begonnen wird. Gestern früh kam dann der Anruf, dass man um 11 Uhr vor Ort sein werde. "Die proben den Machtkampf", sagt der Bürgermeister lapidar.

Um hinzuzufügen, dass man durch die Beschreitung des Rechtsweges zumindest schon mal ein halbes Jahr gewonnen habe. "Das wird sich hinziehen", meint Joneitis weiter. Frühestens im kommenden Jahr werde ein Beschluss hinsichtlich der Planfeststellung getroffen. Derweil wolle die Gemeinde alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. So schwebte ihm auf politischem Gebiet etwa ein "Tank- und Rastgipfel" auf Landtageebene mit allen Fraktionen vor, wobei er auf politische Unterstützung hoffe, so der Bürgermeister abschließend. Nach dem Termin steht fest: die Probebohrungen beginnen Montag. Sie werden bis in eine Tief von acht Metern reichen.

Betroffen auf Gemeindegrund sind sechs Punkte, zwölf betreffen private Flächen. Bereits am Freitag beginnt die Untersuchung des Untergrunds nach Kampfmitteln mit einem Metallsuchgerät.

Verbissene Mienen bei der Besprechung der Probebohrungen in Oberhaid (v.l.) Wilhelm Sittner (Fa. Dehringer+Dittmann Bohr GmbH), Detlef Hehn (Bauamtsleiter der Gemeinde Oberhaid), Bürgermeister Carsten Joneitis, Robert Zimmermann (Autobahndirektion).
Foto: privat



Quelle: Fränkischer Tag, 30.10.2008

Klagesache gegen den Freistaat Bayern wegen Baugrunduntersuchung - Urteil vom 07.10.2008

Im Klageverfahren gegen den Freistaat Bayern wegen den angekündigten Baugrunduntersuchungen zur Planung der Tank- und Rastanlage „Haßberge“ fand am 07.10.2008 vor dem Verwaltungsgericht Bayreuth die mündliche Verhandlung statt. Der Vorsitzende der 1. Kammer machte hierbei nochmals deutlich, dass die vorgetragene Begründung der Gemeinde laut ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht geeignet ist, die Voruntersuchungen zu verhindern. Der Verweis der Gemeinde auf die Bodenerkundungen im Zusammenhang mit dem Autobahnbau sah das Gericht als nicht nachvollziehbar an. Die Anforderungen bei der Errichtung einer Tank- und Rastanlage seien völlig anders gelagert als diejenigen eines Autobahnbaus. Darüber hinaus seien jetzt auch andere Flächen betroffen. Einwendungen gegen das Projekt Tank- und Rastanlage sind dem Planfeststellungsverfahren vorbehalten. Das Gericht wies ausdrücklich darauf hin, dass die Gemeinde kaum eine nennenswerte Abwehrposition gegen ein solches Vorhaben geltend machen könne, da sich der Rechtsschutzbereich der Gemeinde auf die Verletzung des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechtes nach Art. 28 Abs. 2 GG, 11 Abs. 2 BV beschränkt. Dies komme nur bei der Betroffenheit gemeindeeigener Grundstücke in Betracht oder bei der Verletzung der kommunalen Planungshoheit. Es stehe der Gemeinde nicht zu, Interessen oder Rechte ihrer Bürger oder des Naturschutzes zu wahren.

Von den Vertretern der Autobahndirektion Nordbayern wurden die technischen Aspekte der geplanten Bohrungen erläutert. Diese sollen mit einem Durchmesser von ca. 140 mm im Bankett der Wege niedergebracht werden. Nach einem Tag erfolgt die Verfüllung mit Tongranulat, welches in Verbindung mit Wasser die Löcher verschließt. Anschließend wird die ursprüngliche Oberbodenschicht wieder aufgetragen. Es wurde zugesagt, den Termin für die Erkundungsbohrungen sowie die Baustelleneinrichtung mit der Gemeinde vor Ort zu besprechen. Seitens des Beklagten wurde nochmals darauf hingewiesen, dass die Bohrungen entscheidend für die Frage sind, ob eine Tank- und Rastanlage an dieser Stelle überhaupt errichtet werden kann.

Das Verwaltungsgericht verkündete im Anschluss an die Anhörung ein Urteil, wonach die Klage in vollem Umfang kostenpflichtig abgewiesen wird. Es bestehen weder Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des erlassenen Bescheides noch gegen die Verfassungsmäßigkeit der Eingriffsnorm.

Gegen das Urteil kann binnen Monatsfrist ab Zustellung ein Antrag auf Zulassung der Berufung beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof gestellt werden. Dies setzt jedoch eine entsprechende Begründung voraus. Der mit der Vertretung der Gemeinde beauftragte Rechtsanwalt Hacker räumt aufgrund der eindeutigen Gesetzeslage und Rechtsprechung einem evtl. Angriff gegen das Urteil keine nennenswerten Erfolgsaussichten ein. Daneben ist auch höchst fraglich, ob durch eine evtl. Berufung zum Bayer. Verwaltungsgerichtshof die Erkundungsbohrungen hinausgeschoben werden können. Die Vertreter der Autobahndirektion Nordbayern haben in einem Gespräch nach Beendigung der Sitzung darauf hingewiesen, dass bislang bewusst auf die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit des Duldungsbescheides verzichtet wurde. Falls dies nachgeholt wird, hätte die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung, so dass die Erkundungsbohrungen unverzüglich durchgeführt werden können. Ein hiergegen gerichteter Antrag der Gemeinde auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung (Art. 80 Abs. 5 VwGO) hätte bei der bestehenden Rechtslage keinerlei Erfolgsaussichten.

Da ein Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Bayreuth vom 07.10.2008 beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof in rechtlicher Hinsicht nahezu aussichtslos ist und die Erkundungsbohrungen aller Voraussicht nach hierdurch auch nicht verzögert werden können, ist hierauf zu verzichten.

Auf folgende Hinweise des gemeindlichen Rechtsanwalts Hacker zum erwartenden Planfeststellungsverfahren wird hingewiesen:

Die Gemeinde kann in einem Planfeststellungsverfahren nur und ausschließlich ihre eigenen kommunalen Rechte wahren.

Dies sind insbesondere die kommunale Planungshoheit und die Wahrung von Eigentümerrechten für gemeindeeigene Grundstücke. Andere Belange der Bürger oder beispielsweise des Naturschutzes können von einer Gemeinde nicht geltend gemacht werden; insoweit fehlt es der Gemeinde an einer entsprechenden Legitimation und Befugnis.

Im Planfeststellungsverfahren ist es aufgrund des Verfahrensablaufs unerlässlich, alle Einwendungen umfassend und substantiiert innerhalb der Einwendungsfrist rechtzeitig schriftlich zu erheben. Darüber hinaus müssen sie im Erörterungstermin genauso umfassend vorgebracht und wiederholt werden. Geschieht dies nicht, besteht eine Ausschlusswirkung.

Die Gemeinde darf sich aus rechtlichen Gründen nicht zum Sprachrohr von Bürgerinteressen, Interessen von Landwirten oder des Naturschutzes machen. Die Anfechtungsposition privater Grundstückseigentümer oder Landwirte ist im Planfeststellungsverfahren weit stärker als die gemeindliche Position und muss von den Betroffenen selbst und auf eigenes Risiko geltend gemacht werden. Landwirte können sich auch Unterstützung beim Bayer. Bauernverband holen. Im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes können durchaus klagebefugte Verbände erhebliche Wirkung mit zeitgerecht vorgebrachten Einwendungen erzielen. Insoweit lohnt es sich im Zweifelsfalle, dort eine entsprechende Sensibilisierung zu schaffen.

Der Gemeinderat fasste folgenden Beschluss:

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Bayreuth vom 07.10.2008 dient zur Kenntnis. Ein Antrag auf Zulassung der Berufung beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof wird gestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Rechtsvertreter der Gemeinde die hierfür notwendigen Schritte einzuleiten.

Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Oberhaid, 05.11.2008

Hinweis: Den nachfolgenden Artikel sollte man nicht so ganz ernst nehmen, da darin so einiger Humbug zu lesen ist. Mehr dazu auch auf Staffelbach.Net auf der Unterseite „Allgemeine Informationen“ im Themenbereich „Der Aufreger: Die Tank- und Rastanlage“ beim Punkt „Die Probebohrungen und die Angstmache“.

Vorboten der Raststätte sind vor Ort

Vorbereitungen Die Autobahndirektion Nordbayern hat die ersten Probebohrungen für die Tank- und Rastanlage bei Staffelbach durchführen lassen.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HIRT

Staffelbach - Die Probebohrungen für die geplante Tank- und Rastanlage bei Staffelbach hingen in der letzten Zeit wie ein Damoklesschwert über der Gemeinde Oberhaid. Gestern war es nun soweit. Im Namen der Autobahndirektion Nordbayern wurden die ersten Bohrungen durchgeführt.

Juristisch führte an dieser Maßnahme kein Weg mehr vorbei. Anfang Oktober hatte das Verwaltungsgericht Bayreuth die Probebohrungen für zulässig erklärt und die Klage der Gemeinde Oberhaid abgewiesen. Zwar stellte die Verwaltung auf Beschluss des Gemeinderats mittlerweile einen Antrag auf Zulassung einer Berufung, doch im Urteil des Verwaltungsgerichts ist klar festgelegt, dass die Bohrungen trotz der Möglichkeit eines Berufungsverfahrens sofort durchgeführt werden dürfen. Gesagt - getan.

Die „Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach“ sieht in der Raststätte vor allem eine massive Einschränkung der Wohn- und Lebensqualität für Staffelbach. Auch wird befürchtet, dass die aus beiden Richtungen zugängliche Raststätte kriminellen Kreisen als Treffpunkt und Umschlagplatz dienen könnte. Der Abstand der Anlage zur bestehenden Wohnbebauung in Staffelbach betrage zudem nur 670 Meter. „Uns ist keine Tank- und Rastanlage bekannt, die so nahe an einer Ortschaft gebaut wurde“, argumentiert die Bürgeraktion.

Quelle: Fränkischer Tag, 13.11.2008

**Klagesache gegen den Freistaat Bayern
wegen Baugrunduntersuchung -
Aufhebung des Beschlusses vom 21. Oktober 2008**

Am 21. Oktober 2008 beschloss der Gemeinderat, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Bayreuth vom 7. Oktober 2008, in dem die Klage gegen den Freistaat Bayern wegen Baugrunduntersuchung abgewiesen wurde, einen Antrag auf Zulassung der Berufung beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof zu stellen. Diese Baugrunduntersuchung ist nach Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit zwischenzeitlich durchgeführt und abgeschlossen. Ein Antrag auf Zulassung der Berufung ist daher nicht mehr möglich, da es der Gemeinde am Rechtsschutzbedürfnis fehlt. Der Gemeinderatsbeschluss vom 21. Oktober 2008 wird somit aufgehoben.

Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Oberhaid, 04.02.2009